

Bezugspreis: Für den Monat April 1923 12 Mark...
Für den Monat April 1923 12 Mark...
Für den Monat April 1923 12 Mark...

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Teubhoff 292-293
Verlag: Teubhoff 2506-2507

Donnerstag, den 19. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 86 - Bankkonto: Direktion
der Postkontogewalt, Postfachkonto Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile...
Die einseitige Anzeigenzeile...
Die einseitige Anzeigenzeile...

Breitscheid spricht - Rosenberg schweigt.

Als gestern abend 7 Uhr der Präsident die Annahme des...
Als gestern abend 7 Uhr der Präsident die Annahme des...
Als gestern abend 7 Uhr der Präsident die Annahme des...

Herr v. Rosenberg hat sich aber darauf beschränkt, zu...
Herr v. Rosenberg hat sich aber darauf beschränkt, zu...
Herr v. Rosenberg hat sich aber darauf beschränkt, zu...

Das Verhalten des Außenministers wäre verständlicher...
Das Verhalten des Außenministers wäre verständlicher...
Das Verhalten des Außenministers wäre verständlicher...

Herr Stresemann kann aber seine Rede nicht bloß...
Herr Stresemann kann aber seine Rede nicht bloß...
Herr Stresemann kann aber seine Rede nicht bloß...

Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Standpunkt...
Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Standpunkt...
Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Standpunkt...

Diplomatische Verhältnisse haben die sehr fatale Eigen...
Diplomatische Verhältnisse haben die sehr fatale Eigen...
Diplomatische Verhältnisse haben die sehr fatale Eigen...

Besten haust, ehend zu Kreuz kriechen zu wollen. Der Wider...
Besten haust, ehend zu Kreuz kriechen zu wollen. Der Wider...
Besten haust, ehend zu Kreuz kriechen zu wollen...

Präsident Böhle eröffnete die gestrige Sitzung des Reichstags...
Präsident Böhle eröffnete die gestrige Sitzung des Reichstags...
Präsident Böhle eröffnete die gestrige Sitzung des Reichstags...

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Wenn den Kabinetten der Entente und der deutschen Regierung...
Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Wenn den Kabinetten der Entente und der deutschen Regierung...
Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Wenn den Kabinetten der Entente und der deutschen Regierung...

Wir, die Regierung, wollen den Widerstand gegen den...
Wir, die Regierung, wollen den Widerstand gegen den...
Wir, die Regierung, wollen den Widerstand gegen den...

Wir freuen uns, daß im Gegensatz zu früher alle Redner jetzt...
Wir freuen uns, daß im Gegensatz zu früher alle Redner jetzt...
Wir freuen uns, daß im Gegensatz zu früher alle Redner jetzt...

die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft der Regierung...
die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft der Regierung...
die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft der Regierung...

ein positives Angebot an die alliierten Mächte...
ein positives Angebot an die alliierten Mächte...
ein positives Angebot an die alliierten Mächte...

festungen für eine Arbeiterregierung für gegeben hält. Die Kommunisten...
festungen für eine Arbeiterregierung für gegeben hält. Die Kommunisten...
festungen für eine Arbeiterregierung für gegeben hält...

ausgeschlossen das Volksinteresse...
ausgeschlossen das Volksinteresse...
ausgeschlossen das Volksinteresse...

Dabei möchte ich an die Regierung die Anfrage richten, ob der...
Dabei möchte ich an die Regierung die Anfrage richten, ob der...
Dabei möchte ich an die Regierung die Anfrage richten...

Wir können leider die Rede des Herrn Außenministers nicht als ein...
Wir können leider die Rede des Herrn Außenministers nicht als ein...
Wir können leider die Rede des Herrn Außenministers nicht als ein...

Nach Abzug des bereits geleisteten und wenn England überhaupt...
Nach Abzug des bereits geleisteten und wenn England überhaupt...
Nach Abzug des bereits geleisteten und wenn England überhaupt...

trages dieser Anleihe sofort bar an Frankreich abzuführen und für uns nur zurückzubehalten, was zur Verzinsung der Anleihe für die nächsten Jahre und für die Regelung unserer Finanzen notwendig ist. Denn jedes Angebot ist nutzlos, das nicht durch eine opferreiche Forderung unserer Finanzpolitik eine Garantie bietet. Versprechen von der Bereitwilligkeit der leistungsfähigen Kreise haben wir genug erhalten; wir sind mit Versprechen gesättigt. Wir wollen Taten sehen. Was die wirtschaftlich Starke freiwillig für die Herstellung unserer Finanzen tun, das haben wir eben erst bei dem Ergebnis der Dollaranleihe erlebt. (Lebhafte Zustimmung links.) Hier kann nur ein festes gesetzliches Zugreifen in Frage kommen. Reparationen ohne

eine staatliche Hypothek auf den Besitz.

ohne Erfassung der Sachwerte, ist und bleibt eine Unmöglichkeit. Die englische Steuerpolitik, die hier lobend erwähnt wurde, könnte zum mindesten insofern vorbildlich für uns sein, als in England eine Steuermoral bei den Besitzenden herrscht, die man bei uns vergeblich sucht. (Sehr richtig links.) Zwar hat Herr Hochstich davon gesprochen, daß unsere Finanzen nicht geheilt werden könnten infolge der konfiskatorischen Steuerpolitik. Von „konfiskatorischer Steuerpolitik“ in einem Moment zu sprechen, wo der größte Teil der Ausgaben des Reiches von Herrn Hohenstein und der Reichsbank bestritten wird, und der überwiegende Teil der Steuern durch die Arbeiter, Angestellten und Beamten getragen wird, geht doch wohl nicht an. Opfer des Besitzes, und nicht nur Verschreibungen, das und nichts anderes, hat auch der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigler gemeint in seinem stark angefochtenen Satz im sächsischen Landtage. Und wenn Herr Hochstich Sachen vorgestern als „Sommer-Sachen“ bezeichnete, so wird er verstehen, daß man in einem solchen „Sommerstaate“ etwas deutlicher spricht als in dem so gut bürgerlichen Deutschen Reiche. (Zustimmung und Heiterkeit links.) Auch den Sicherheitswünschen Frankreichs haben wir in unserem Angebot Rechnung zu tragen. Frankreichs Furcht bedeutet doch gleichzeitig eine Anerkennung der deutschen Lebensfähigkeit und Lebenskraft. Was wir tun können, sollten wir dazu beitragen, Frankreich das Gefühl der Sicherheit geben zu helfen. Dabei erklären wir jedoch mit allem Nachdruck:

Wir sind ebensomöglich wie eine andere Partei des Reiches dafür zu haben, daß auch nur ein Fuß breit rheinisches oder westfälisches Boden an Frankreich abgetreten oder in der Form einer Internationalisierung von Deutschland getrennt wird. (Sehr richtig!)

Derartige Sicherheiten gewähren wir nicht. Dagegen sind wir bereit, den Gottesfriedenspakt auf eine größere Zeit auszuweiden und auf eine Kriegführung gegen die Ostmächte zur Verbesserung unserer Ostgrenze zu verzichten. Wir sind bereit, gemäß dem Friedensvertrag Rheinland und Westfalen zu entmilitarisieren. Die beste Sicherheit für Frankreich würde es allerdings sein, wenn Frankreich eine Politik triebe, die der deutschen Demokratie und der deutschen Republik zugute käme (Lebhafte Zustimmung), und nicht die nationalistischen und revanchelistischen Elemente bei uns stärkte. Niemand als wir kann den Wunsch nach einer endlichen Verständigung mit Frankreich brennender empfinden, weil wir in der deutsch-französischen Verständigung den Schlüssel für die Erhaltung des Friedens in Europa erblicken. (Sehr richtig!) Demen, die unser Deutschland in Zweifel ziehen, erwidern wir: Deutsch sein heißt nicht, sich in die Reihen der Deutschnationalen Volkspartei stellen. Deutsch sein heißt, nach bestem Wissen den Interessen seiner Volksgenossen dienen. Unser Deutschland hat nichts Ekklesiastisches und nichts Aggressives. Wir fühlen uns als das Glied einer großen Völkergemeinschaft, und insofern sind wir — und sagen es mit Stolz — international. (Sehr gut!) Gerade von unserem Standpunkt aus können wir verlangen, daß der deutsch-französischen Verständigung aktiv durch einen positiven Schritt der deutschen Regierung gebietet wird. Freilich mit klaren Worten und in deutlichen Reden! Denn auf dem Wege eines positiven Angebotes könnte das Kabinett Cuno sehr viel zur Beilegung des Ruhrkonfliktes und zur Verständigung tun. Dabei erinnere ich an

die Resolution der Bergarbeiter.

in der ein Satz lautet: „Um den jahrelang gequälten Völkern Europas den Frieden wiederzugeben, erachtet es die Konferenz der Bergarbeiter für eine heilige Pflicht der Regierungen, seine Gelegenheit zur Anbahnung einer friedlichen Verständigung ungenutzt vorübergehen zu lassen. Sie glaubt, daß die Welt und die Geschichte der Regierung, die als erste diesen Weg sucht und beschreitet, diese Tat nicht als ein Eingeständnis der Schwäche, sondern als ein Zeugnis unserer inneren Stärke und tiefer Einsicht deuten werde.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Dr. Lauther (Z): Seit der Rede des Außenministers hat sich die Situation verschärft durch

die Ausweisung des Reichskommissars Fürst Hatzfeldt.

Die französische Nationalistenpresse hat das französische Volk systematisch über die Stimmung der Rheinländer getäuscht. Mit einem

präzisen deutschen Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlags wäre ich an sich einverstanden. Unsere Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen. Wir wollen jedenfalls die Verständigung, wir wollen über die Volksgemeinschaft hinaus zur Völkergemeinschaft kommen. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär v. Malhahn gibt darauf eine kurze Erklärung über die Ausweisung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete ab.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat. Bp.): Die jetzt im Ruhrgebiet gemachte Entdeckung, daß ein waffenloses deutsches Volk nicht wehrlos ist, hat Frankreich und die Welt überrascht. Das ist das große Attentat unseres passiven Widerstandes. Das ist die große Wendung, die durch nichts in der Welt mehr umgebogen werden darf. (Beifall rechts.) Auch wir wollen Aktivität, aber nicht Vernunft. Wir erwarten von der Reichsbank, daß sie jetzt mit ihrem Gold der neuen Steigerung des Dollarkurses entgegenwirkt. Dieses Gold ist jetzt unser Pulver im Kampfe und mit dem Pulver darf man nicht sparen. (Beifall.)

Abg. Ledebour (L. Soz.): In Frankreich mehren sich die Stimmen, die das Ruhrabenteuer verurteilen. In Dr. Breitscheldts Rede fehlte die revolutionäre Energie. Er proklamierte den Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien, er verlangte von den proletarischen Parteien größere revolutionäre Aktivität.

Abg. Moldenhauer (D. Bp.): Frankreich will im Rheinland seine militärisch-politischen Ziele durchführen, darum lehnt es alle unsere wirtschaftlichen Vorschläge ab. Ein direktes Angebot an Frankreich wäre jetzt verhängnisvoll. Nur auf freiem deutschen Boden ist Wiederaufbau möglich. (Beifall.)

Abg. Frölich (Komm.): Die neuen Vorgänge an der Börse zeigen die wahre Lage; die Reichsbank hat bereits verlagert. Unter der kapitalistischen Herrschaft können wir aus dem internationalen Wirrwarr nicht herauskommen. Die zweite Internationale hat vollständig verlagert. Ihr Programm zur Ruhraktion bedeutet einen durchaus kapitalistischen Lösungsversuch. Die Massen werden betrogen, weil man nicht wagt, sie gegen die französische Raubgier mobil zu machen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers und die übrigen Teile des Etats werden gegen die äußerste Linke bewilligt. Um 7¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr: Etat des Reichswirtschaftsministeriums.

Die thüringischen Nationalsozialisten.

Mitteilungen des Innenministers in der Landtagsdebatte.

Weimar, 18. April. (Eigener Drohtbericht.) Auf eine Anfrage des Abgeordneten Mackelbay (Landbund) wurde in der heutigen Vormittags Sitzung des Thüringischen Landtages vom Thüringischen Minister des Innern, Herrmann, folgende Antwort erteilt:

Das in Weida, Reiningen, Hildburghausen, Jena und Arnstadt gefasste Material der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bzw. Deutschen Freiheitspartei bzw. Helmbund hat derartig schwerwiegende Aufstellungen verursacht, daß sich die Staatsanwaltschaft genötigt gesehen hat, das gesamte Material unter dem 31. März 1923 dem Herrn Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig vorzulegen. Da aus dem gefassten Material hervorgeht, daß die durch das Material belasteten Organisationen und Personen sich des Hochverrats, der Geheimbündelei, der Organisierung bewaffneter militärischer Verbände und schwerer Verbrechen gegen den 7. des Gesetzes zum Schutze der Republik schuldig gemacht haben. Dieses Material, wie auch das durch das preussische Ministerium des Innern erfasste Material in Preußen ergibt ein klares Bild über folgende Tatsache:

1. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat versucht, in Thüringen Hundertschaften militärischer Natur zu organisieren.

2. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist in Thüringen nur gegründet, um die in Thüringen verbotene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu erlehen resp. zu unterstützen.

3. Wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihren Hundertschaften, so hat die Freiheitspartei ihrerseits versucht, in Thüringen Kampforganisationen zu bilden. Diese Kampforganisationen führen offiziell den Namen Turnerschaften und haben ausgesprochen militärischen Charakter.

Sowohl die Hundertschaften der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wie auch die „Turnerschaften“ der Deutschen Freiheitspartei sollen im Schieffen ausgebildet werden.

4. Das vom Polizeipräsidentium Berlin, Abteilung Ia, aufgedeckte und dem Oberreichsanwalt vorgelegte Material gibt Aufschluß darüber, daß am 17. März in Potsdam in einer Geheimkonferenz Hoffbach die Absicht zum Ausdruck brachte, den Bürgerkrieg für Ende März, Anfang April in die Wege zu leiten. Bis zum 28. März 1923 sollten alle Kampforganisationen der Deutschvölkischen

Freiheitspartei Aufstellungen über die vorhandenen Waffen machen.

5. Die Befragten in Thüringen verhafteter ergeben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren Mitgliedern und Organisationen in Thüringen Anweisung gegeben hatte, alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und solche Waffen, die sie aus befreundeten Kreisen heranziehen konnten, schleunigst an die in Nordbayern stehenden Kampfgruppen der Nationalsozialisten abzuführen. Mitglieder bzw. Organisationen haben den Befehl, sich auf einen ihnen zukommenden Wink hin unverzüglich in Nordbayern zu melden.

6. Eine Reihe weiterer Vorgänge, wie die Verhaftung der Couriere in Weida, die Aufstellung eines Jägerregiments Oberfranken mit Jügen und Halbjuügen, die in Thüringen gebildet worden sind, u. a. ist der Öffentlichkeit durch das Presseamt bekanntgegeben worden.

Durch das energische Eingreifen der preussischen und thüringischen Behörden wurde erreicht, daß die zwischen den Kampforganisationen der Nationalsozialisten und der Deutschvölkischen Freiheitspartei bestehende Vereinbarung zum Loslösen zunächst unwirksam und damit die unmittelbare Gefahr beseitigt worden ist. Dagegen besteht die von den Nationalsozialisten drohende Putschgefahr weiter, solange nicht die gegen die ganz offenbar auf den bewaffneten Umsturz der bestehenden Staatsregierung ausgerichteten Kampforganisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nötigen Maßnahmen ergriffen werden. Gegen die unbewaffneten Selbstschutzzorganisationen der republikanischen Bevölkerung vorzugehen, liegt seitens der Landesregierung um so weniger Veranlassung vor, als diese Organisationen unbewaffnet auftreten und in benachbarten Ländern bewaffnete Kampforganisationen des Rechtsradikalismus weiter bestehen.

Bürgerliche gegen Ruhrarbeiter.

Ein sozialdemokratischer Antrag im Haushaltsausschuh.

Im Haushaltsausschuh des Reichstags beantragten gestern die sozialdemokratischen Mitglieder, die Reichsregierung zu erziehen, umgehend dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das den seit Beginn der Ruhrbesetzung im neu- und eilbedingten Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung in allen nicht vollkommen hilfslosen Betrieben gewährleistet wird. Weitere Kündigungen und Entlassungen sollen während der Dauer der Ruhraktion nicht ausgesprochen werden dürfen. Zur Begründung des Antrages wurde darauf hingewiesen, daß das Reich für die Opfer der Entlassungen aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhebliche Summen aufbringen müsse, daß dieselben Mittel aber im Wege der Lohnsicherung dafür verwendet werden könnten, den Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz zu sichern und sie im Betrieb zu halten. Wenn man den Unternehmern auf dem Wege der Lohnsicherung und Arbeitsbeschaffung entgegenkomme, dann haben die kämpfenden Arbeiter und Angestellten zum mindesten einen ähnlichen Anspruch auf Schutz. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen sprachen sich zwar für die Tendenz des Antrages aus, brachten aber schließlich einen Gegenantrag ein, der lediglich den Entlassenen ein Vorzugsrecht auf Wiedereinstellung gewährte. Damit wäre aber nicht nur den weiteren Entlassungen nicht vorgebeugt, sondern auch den Unternehmern unangenehm die Möglichkeit gegeben, unliebbare Arbeiter und Angestellte auf dem Wege über die Ruhraktion los zu werden. Mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen wurde der sozialistische Antrag daraufhin abgelehnt und der bürgerliche Antrag angenommen.

Der Lenard-Scandal.

Protest der Heidelberger Arbeiter.

Heidelberg, 18. April. (Rth.) Eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und Kartellbelegierten Heidelbergs nahm zu dem Urteil des Heidelberger Landgerichts im Mierendorff-Prozess Stellung. Es wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der das Urteil als jedes Volksempfindens bar und als ein Schlag gegen die Republik bezeichnet wird. Die Arbeitererschaft könne sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen, da die Beurteilung doch im Auftrage der Gewerkschaften die Interessen der Republik wahrgenommen hätten.

Das „Deutschvölkische Abendblatt“ hat vor einiger Zeit behauptet, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Reich habe unter Mißbrauch seiner Immunität und unter Umgehung gesetzlicher Vorschriften einen Nachtbetrieb in Berlin organisiert und verächtliche Wortteile daraus gezogen. Reich hat das Wulle-Blatt verklagt mit dem Erfolg, daß es alle Behauptungen zurückgenommen, sich zur Tragung der Gerichtskosten und zur Veröffentlichung der Abbitte bereit erklärt hat.

Das Lied vom Sterben.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es gibt einen Gustav Mahler, der ein Revolutionär war, der in höchstem Ansturm Formen zerbrach und neubildete, der sinfonischen Idee eine Gasse baute, der Musik neuen, großartigen, ungebänderten Ausdruck verleiht und das Leben in allem Jubel, in aller Naturanbetung, aller Schlichtheit und Kompliziertheit subjektiv in Klänge einfließt. Das ist Mahler, als er die 1. bis 8. Sinfonie, als er das „Lied von der Erde“, die Lieder eines fahrenden Gesellen komponierte. Mag sein, daß er hier schon erdgebunden, zeitlich ist; der Nachhall bleibt zweifellos erhaben; behelisch wird Land jenseits der sichtbaren Welt entdeckt, und einem neuen, mitreißenden, in aller Banalität und Zerrissenheit das Herz eines deutschen Juden offenbarenden musikalischen Gehalt wird die passende, aufklärerische, gleichgültige Gestaltung zuteil. Und es gibt einen Mahler, der von seiner eigenen Musik, nicht mehr von den Tiefen der Welt ausgeht, der den Spiegel, in dem sich Leben und Unwirklichkeit nur reflektierten, schon für das Leben selber anfaßt; der sein eigen Lied komponierte und verarbeitete, bloßes Material zur Sinfonie schon für Jubel auszugeben, der den Ausdruck vielgestaltig machte, ohne daß der Einfall und das Was der Musik diesem technischen Wie entsprach. Das ist Mahler, der die 9. Sinfonie schrieb, ein Lied des Sterbens in doppeltem Sinne. Ein Abschiedslied liegt darüber, ein letztes Sichquälen mit dem Ernst, ein Furchtbeben, ein Winken mit erlindmender Hand und großen sehnächtigen Augen; ein Verzicht auf Humor und Ironie und Freude. Die große pessimistische Gedärde überall. Man wird ihrer müde, da die innere, musikalische Anteilnahme fehlt, da das hofflich hingebende bald dem Verfall nahe und, schon innerlich gebrochen, durch musikalische Dehnen, Verarbeiten, Modifizieren immer noch einen brüchigen Feiler mehr erhält. Dieses Werk ist nicht im Sinne Mahlers vollendet, auch nicht in der Dichtigkeit und Raffinesse des Form, im nicht-liegenden Gängen der alltäglichen Prosa, in der dünnen Nebenlinie seines Bestehens, in der erhabenen Breite sterbenden Gesangs. Das letzte Werk eines Meisters: Das Lied seines eigenen schmerzlichen Todes. Es liegt in dieser Vollendung eines innerlich unvollendeten Werks, daß der beste Wille und reiferste Raffinesse uns nicht zu ihm hinführen können. Werner M. O. L., der Wissen, Können und Herz für diese 9. Unglücks-Sinfonie aufbringt, ja, der sein Brudner-Empfinden für ein Surrogat schmerzlicher Groptat warm einsetzt, diesen höchst vornehmigen Dirigenten Wolff trifft keine andere Schuld als die der Auswahl: dem Lied des Sterbens, von einem gesungen, dessen Melodie verklungen war, kann Aufmerksamkeit nicht mehr werden.

So war es auch mit den Reifener-Varianationen, die uns Weingartner beehrte. Die Gelegenheitsarbeit eines herrlichen Sinfonisten, vom Dirigenten für Dichter mit Orgel gesetzt. Das Thema ist trotz jener Gefügigkeit schon im Urform banal; aber mit halbständigem Erkennen vernimmt man, daß es

möglich ist, das Tribale noch zu übertribalisieren. Gehen wir über diese totegeborene Paraphrase zu Shakespeares „Viel Lärm um nichts“ hinweg; sie wurde in Berlin zum ersten und zum letzten Male gespielt. Wertwirdig, wie ein Mann von dem Weltbild Weingartners Ruhe für solche Nachkomposition hat. Plätschert er gern in leichten Gewässern? Das ist Gefahr für ihn selber? Er hat nachgerade überhaupt nur noch Sinn für die Seele des Dichters; die Seele der Musik, die er vermitteln, übermitteln soll, klingt matt und immer matter. In der „Holländer“-Overtüre treibt mächtiges Theaterblut; mit einer Eleganz und Gelassenheit, wie sie dem wohlsoignierten Aristokraten ziemt, scheint Weingartner beäugeltigen zu wollen. Nur kein zu viel von Leidenschaft! Immerhin klang das Werk noch glänzend. Beethovens C-Moll-Sinfonie wird nur noch als Musik des Handgelenks, mit bewundernswürdiger Phrasierung und maßvoller Kontrastierung gespielt. Die Seele, das Herz zittert vor lauter Bewußtheit nicht mehr mit. Der einst führende Held aller Orchester ist Sensation, Frauenensation geworden. Der edle Klang stirbt.

Mit kultivierter Hand erregt und anregend musiziert Baghater nunmehr mit den Philharmonikern. Alles erklingt herzhaft musikalisch, unterstrichen im Pathos und in der Kraft. So wird Beethovens Achte Erquickung, Neugeburt und Leben. Ein tschechischer Abend der Internationalen Musikgesellschaft bringt fast nur Unbekanntes von Halb-Bekanntem. Leider entging mir das Werk Novaks. Josef Suls Klavierstücke, von der vitalen Musikalität Anna Prosková's liebevoll und tüchtig interpretiert, erfreuen durch ihre gesunde, natürliche Mischung von unwägbarem Rhythmus, nationalem Gesang und modernem Ausdruck, Impressionen von klarem Bau und eigener Melodie. Quatboß, gezwungen und unfrei dagegen die „Sinfonie“ Hecpák's; Lied und Verleitung wie durch einen Abgrund voneinander getrennt, jedes für sich, und Gott gegen alles. Auch das ist ein Lied vom Sterben: zum Sterben langweilig. Manja Barlow konnte sie nicht retten, obgleich sie ihre ganze frauliche Größe, ihr starkes Können und viel schönen Ton an das schwere anklagende Werk legte. Felix Petzold begleitete gekämmernd. Reich Williams gibt sich singend große Mühe mit dem deutschen Lied. Sein Bariton ist, wie ein's, doch zu spröde, um Schändlichen, Schumannischen Seligkeiten Resonanz zu geben. Aber er sucht einen Weg zum Herzen, und das soll anerkannt sein.

Alice Landolt lernt immer noch zu als Pianistin. Sie ist sicherer geworden, frei von Unachtsamkeiten, und was sie an Großartigkeit des Werts vermissen läßt, ersetzt sie vollauf durch den Schluß, durch die Weichheit und den wohligen Ausdruck ihres Spiels (Beethoven, Brahms). Milla Kilijs und Edwin Kilijs geben sich auch äußerlich stärker als Virtuosen ihres Faches. Reicher zauber: uns mit dem Adagio des wenigst bekannten C-Dur-Konzerts von Beethoven die Jugend eines mozartgläubigen Meisters vor, isoliert dagegen durch

ipigen Anschlag statt mit der Studentensau, die im Schlaf durchleuchtet („Ein lustiger Musikante spaziert ein mit Kilijs“). Milla Kilijs beginnt das Es-Dur-Konzert Liszt's mit lapidarem Griff, gleitet ein bisschen oberflächlich über das Gelangliche hinweg und rafft sich, nach kurzer Ermüdung, wieder zu einer feilen, jungfröhen, technisch reinen Leistung auf. Sein Name und sein lebendiges Spiel tragen ihm viel Beifall ein. Alles steht unter dem Bann des Wortes, des uns heiligen Begriffes: Kilijs. Gut, daß in dem Talent des Sohnes ein Teil des väterlichen Genies sich keimend regt. Das Lied vom Sterben heißt sich einen Augenblick lang auf.

Die deutsche Südmark heißt eine Lebensmerle Bereicherung des Urania-Programms. Der Redner, Franz Wilhelm Werks, ein vorzüglicher geschichtlicher und landschaftlicher Kenner des Gebietes, führt an der Hand technisch vollendeter Lichtbilder die Zuschauer nach Steiermark und Kärnten. Man sieht u. a. das malerische Graz, die deutscheste Stadt Oesterreichs, Klagenfurt, die Lindwurmsstadt, den Wallfahrtsort Mariazell und Kofleggers Gebirgshaus. Bei dessen Anblick geht einem ein tiefes Versehen für alle die kleinen Erlebnisse auf, die Koflegger von sich zu erzählen weiß, als er noch der Waldbauernbub war. Doch wird man auch bekannt gemacht mit der bodenständigen deutschen Kultur, dem Kunstgewerbe und dem Volksliede. Mit lehrerem durch beifällig aufgenommenem Darbietungen der Konzertsängerin Hermine Behn. Ferner hört man von mancher deutschen Sprachinsel, von den Abwehrtämpfern der Deutschen und dem Schauer der Rörtner zum Deutschland am 3. Oktober 1920. Die mit ausserordentlichem Geschmack gewählten Bilder, die das getreue Bild der Landschaft, die Erhabenheit der Bergwelt, die Freundlichkeit der Dörfer und den feinen Stimmungszug der Seen übermitteln, tun das Ihre, um den Vortrag zu einem vollen Genuß werden zu lassen. e. b.

Im Renaissance-Theater geht in der nächsten Woche zu Hermann Babes 60. Geburtstag das Lustspiel „Das Konzert“ in Szene. Es finden nur wenige Vorstellungen statt, in denen sich Emanuel Kilijs von Berlin verabschiedet wird.

Das Reichenbühnen-Theater beendet seine Winterzeit am Freitag. Am Sonnabend beginnt die Sommerzeit unter Leitung Robert Giers am Kleinen Theater in Leipzig mit „Der Entlassene“ von Emil Ludwig.

Die Studiengemeinschaft für wissenschaftliche Heimatkunde hält am Sonnabend vormittag 11 Uhr Grunewaldstr. 67 I eine Gründungsversammlung ab. Prof. Eduard Spranger spricht über den Bildungswert der Heimatkunde.

Amerika als Kunstkäufer. Die Vereinigten Staaten sind längst nicht mehr in dem starken Maße Käufer von europäischen Kunstwerken wie in früheren Jahren. Wurden 1912 noch Kunstwerke im Werte von etwa 70 Mill. Doll. eingeführt, so gingen die Beträge in der Folge erheblich zurück und zwar auf 21 619 446 Dollar im Jahre 1919; im Jahre 1920 waren es 28 678 504 Dollar, im Jahre 1921 21 032 004 Dollar und im letzten Jahre nur mehr 12 490 900 Dollar. Die meisten Kunstwerke wurden von Frankreich exportiert; es folgen England und neuerdings Oesterreich.

Preußens Sozialpolitik.

Auch die gestrige Sitzung des Landtags beschäftigte soziale Fragen. Nachdem die sozialdemokratischen Abg. Dr. Weyl und Frau Knecht noch einmal für die Bekämpfung des Alkoholismus das Wort ergriffen und besonders auf die hygienischen Erfolge der Trockenlegung in den Vereinigten Staaten hingewiesen hatten, und Abg. H. H. Biesbaden verstärkten Bauarbeiterbeschäftigung verlangt hatte, wurde der sozialdemokratische Antrag Ege mit Unterbrechung des Zentrums angenommen, der die Anwendung der Frauenreferentinnen an den Regierungen in Beamtenstellen fordert. Eine Anzahl sozialer Positionen werden im Etat erhöht (u. a. die Ausgaben zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus von dreihundert auf sechshundert Millionen, die Beihilfen zur Unterbringung der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsvereine auf zwanzig Millionen, die Mittel für die Unterbringung der Kinder auf dem Lande auf dreißig Millionen). Als besonderer Titel wird in das Extraordinarium eingestellt ein Betrag von 150 Millionen als Beihilfen für Sozial- und Kleinrentnerfürsorge.

Ein Antrag Meier-Eosingen (Soz.), den Fonds von 600 000 M. zur Unterstützung der Vereinigung zur Förderung des Kleingarten-, Wohnungs- und Siedlungsbaus dahin zu erweitern, daß daraus den gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften kurzfristige Darlehen gewährt werden können, wird angenommen.

Nach der Ueberweisung verschiedener Vorlagen an die Ausschüsse erfolgt die

Zweite Beratung des Tuberkulosegesetzes.

Abg. Dr. Weyl (Soz.): Wir schlagen vor, das Gesetz am 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Die Finanzverwaltung hat hundert Millionen zur Durchführung des Gesetzes zur Verfügung gestellt. Die Regierung, die anscheinend noch immer nicht genügend Statistik über die Tuberkulose besitzt, mag sich die Zahlen des Oberbürgermeisters Böhm-Berlin ansehen, die dieser soeben über das Massensterben der Reichshauptstadt veröffentlicht hat. 1913 auf zehntausend Seelen 15,63 Todesfälle, 1922 18,35. In London dagegen 1922 nur 12,4. In Berlin sind fünfzehntausend tuberkulöse Schulkinder. Ähnlich wie in Berlin liegen die Dinge im ganzen Reich. In den städtischen Volksschulen ist jedes zehnte Kind tuberkulös! Wir haben im Ausschuss eine Entschließung angenommen, wonach die Regierung drei Monate nach Schluß des Rechnungsjahres Bericht erstattet über die Verteilung der Gelder. Damit haben wir die Kontrolle und die Möglichkeit zur Erhöhung der Gelder in der Hand. Der Ausschuss zur Prüfung des Friedmannschen Tuberkuloseheilmittels hat seine Arbeiten abgeschlossen. Danach ist das Friedmannsche Heilmittel wertlos. Eigenmächtig hat es berührt, daß ein Teil der Männer der Wissenschaft nicht in der Lage war, ein klares und einheitliches Gutachten abzugeben. Es sind da anscheinend lässliche Dinge passiert, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen und die Klärung nicht werden müssen. Es berührt doch eigenartig, daß noch im Dezember 1922 24 Gutachter das Mittel für gut befunden haben, daß aber vier Wochen später ein Teil derselben Gutachter plötzlich erklärte, er sehe dem Heilmittel skeptisch gegenüber. Wir schlagen vor, das Gutachten dem Bevölkerungsausschuss zu überweisen und wünschen, daß das Tuberkulosegesetz zum Teil der notwendigen Bevölkerung sobald als möglich verabschiedet wird. (Beifall b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. (Weiterberatung, Haushalt der Forstverwaltung.) Schluß 1/2 Uhr.

Die Münchener Haftbefehle.

Aus der Hauptstadt der bayerischen Ordnungszelle liegen über die bevorstehende Verhaftung der Freiheitskämpfer Eckart und Weger widersprechende Meldungen vor. Nachdem die Regierung amtlich hatte erklären lassen, sie würde die Haftbefehle ausführen, mußte man annehmen, daß an diesen durchaus eindeutigen Mitteilungen der Regierung nichts zu deuteln sei. Es scheint aber so, als ob die bayerische Regierung vor ihrer eigenen Courage doch Angst bekommen hat. Während nach der einen Meldung behauptet wird, die Haftbefehle seien in München eingetroffen, wird von anderer Seite diese Nachricht demontiert. Der bayerische Justizminister Dr. Gürtner soll sich auf einer längeren Dienstreise befinden und zurzeit in Berlin sein. Münchener Zeitungen behaupten, daß Gürtner mit der Reichsregierung darüber verhandelt, daß keine weiteren Haftbefehle erlassen werden sollen, da man es doch „wegen so wichtiger Prozesse nicht zur Anarchie kommen lassen“ dürfe. Trotzdem also alle bayerischen Parteien einschließlich der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen) sich gegen den nationalsozialistischen Terror gewandt haben, scheint die Regierung v. Knilling, die vor kurzem in Wien noch auf die verhältnismäßige Bedeutungslosigkeit Hitlers hinwies, jetzt doch aus Angst vor der „Anarchie“ den augenblicklichen Zustand vollkommener Rechts- und Vertragslosigkeit beibehalten zu wollen. Fastlich würde das natürlich die Abdankung der bayerischen Regierung bedeuten.

Arbeitslosenkravall in Mülheim.

Zwei Tote, mehrere Verwundete.

Mülheim a. d. Ruhr, 18. April. (Eig. Drahtb.) Am Mittwoch morgen gegen 9 Uhr zogen in Mülheim a. d. Ruhr ungefähr 600 Notstandsarbeiter und Arbeitslose, unter Führung von Syndikalist und Kommunisten nach dem Rathaus. Die Notstandsarbeiter forderten u. a. mehr Lohn. Die Stadtverwaltung lehnte Verhandlungen mit den Führern der Demonstration, unter denen sich notorische Zuchtstücker befanden, ab. Die Menge drang daraufhin in das Rathaus ein, wurde aber von der Polizei mit Knüppeln hinausgeschlagen. Mit Haken und Schaufeln rissen sie dann einen Teil des Pflasters auf und verwandten die Steine zur Zerkleinerung der Fensterscheiben. Die in den Büreaus arbeitenden Beamten und Angestellten mußten flüchten. Das Rathaus sieht aus, als ob eine Schlacht stattgefunden habe. Die Polizei forderte die Menge vor dem Rathaus später wiederholt auf, auseinanderzugehen. Als dies nicht geschah, machte sie von der Schusswaffe Gebrauch. Hierbei gab es zwei Tote und eine Anzahl Verwundete. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich einige der Hauptredakteure. Interessant ist, festzustellen, daß während und vor der Demonstration einige der Führer mit französischer Kolonialpolizei verhandelt haben. Gegen 12 Uhr mittags waren die Straßen noch nicht geräumt. In den Nebenstraßen am Rathaus hielten sich noch größere Mengen von Arbeitslosen und Notstandsarbeitern auf.

In der letzten Zeit werden von den kommunistischen und syndikalistischen Kreisen starke Versuche gemacht, die Notstandsarbeiter und Arbeitslosen zu ihren politischen Zwecken auszunutzen. Nachdem bereits in Duisburg und Düsseldorf Demonstrationen stattgefunden haben, wird jetzt versucht, auch in anderen Städten die Demonstrationen durchzuführen. Der Führer der Duisburger kommunistischen Notstandsarbeiter und Arbeitslosen, Zalden, hat erklärt, daß er die Arbeitslosen und Notstandsarbeiter solange dort ins Gefecht führen würde, bis die Duisburger Polizei von den Franzosen entwaffnet sei. In der Wohnung von

Zalden gehen französische und belgische Beamte und Militärs ein und aus. Es wird allgemein angenommen, daß die jetzigen Versuche der Notstandsarbeiter und Arbeitslosen nur den Zweck haben, den Franzosen Hilfe zu leisten und so auf dem schnellsten Wege das wirtschaftliche Chaos herbeizuführen. In Duisburg ist es den Gewerkschaften teilweise gelungen, die den Gewerkschaften angehörigen Arbeitslosen und Notstandsarbeiter der Führung Zaldens zu entreißen und sie unter einen Ausschuss zu stellen, der nur aus Gewerkschaftlern besteht. Für Donnerstag abend haben die Kommunisten eine Versammlung der Notstandsarbeiter und Arbeitslosen nach Duisburg einberufen, an der auch auswärtige Arbeiter teilnehmen sollen.

Essen, 18. April. (Eca.) Gestern nachmittag haben hier wiederum große Kundgebungen von Erwerbslosen stattgefunden. Nach einem Zuge durch die Stadt und einer Ansprache auf einem öffentlichen Platz löste sich der Demonstrationzug ruhig auf.

Schuldenregelung und Reparationen.

London, 18. April. (WTA.) Im Unterhaus fragte das konservative Parlamentsmitglied Howard Burn den Premierminister, ob er angesichts der äußerst unbedrückenden Lage Englands mit Rücksicht auf die interalliierten Schulden bereit sein würde, die daran interessierten Nationen zu einer Konferenz einzuladen, um diese Frage endgültig zu regeln und Vorkehrungen zu treffen für die Fundierung dieser Schulden? Weiter stellte er die Frage, ob ihm bekannt sei, daß es unmöglich sei, den deutschen Reparationsvertrag festzusetzen, bevor die alliierten Länder endgültig bezüglich der Schuldbeiträge übereingekommen seien, die sie zu zahlen haben würden? Schatzkanzler Baldwin erwiderte, er glaube nicht, daß im Augenblick irgend etwas gewonnen werden würde durch eine Konferenz über die alliierten Schulden. Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage lautet verneinend. Der Reparationsbetrag, der von Deutschland gezahlt werde, sei die größtmögliche Zahlung, die es leisten könne, und diese hänge nicht von den interalliierten Schulden ab.

Hoffnungslose Verwirrung.

Die italienischen Ladebourianer gegen Moskau.

Mailand, 18. April. (EP.) Die Moskauer Richtung der Maximalisten-Partei hat im Kongreß der Maximalisten in Mailand eine Niederlage erlitten. Mit über 400 Stimmen Mehrheit ist der Antrag der sogenannten sozialistischen Verteidigung angenommen worden, der die 14 Punkte von Moskau und die Verschmelzung mit den Kommunisten ablehnt. Die maximalistische Parteiführung wurde neu gewählt. Für die Leitung des „Avanti“ ist eine dreigliedrige Redaktionskommission aufgestellt worden.

Mit diesem Kongreßbeschlusse hat die „maximalistische“ Partei des Maximum der Verwirrung erreicht. Noch vor sieben Monaten konnte die Serrati-Gruppe die Gemeinschaft mit dem Turati-Flügel nicht mehr ertragen und trennte sich von ihm auf dem Kongreß von Rom: sie mußte unbedingt nach Moskau und delegierte ihren Führer zum Kongreß der III. Internationale, um über den Anschluß zu verhandeln. Dieser kam mit neuen 14 Punkten zurück. Jetzt aber hat sich die Mehrheit der Maximalistengruppe die Sache noch einmal überlegt und den Anschluß abgelehnt!

Das Ganze würde wie eine Postleaste amuten, wenn nicht die Arbeiterklasse Italiens die Kosten dieser Spielereien tragen müßte. Ist es ja bezeichnend, daß der Fascistenputsch unmittelbar nach der Spaltung zwischen den moskaulüsteren Serratianern und den Viktorienföndlichen Sozialisten ausbrach. Mussolini hat eben seinen Staatsstreik erst gewagt, als mit der Sozialistenpartei das letzte ernstliche Hindernis gegen seine Pläne fortgestürmt war. Serrati, der nach Moskau gefahren war, um die Diktatur von links zu imperieren, hat bei seiner Rückkehr die Diktatur von rechts vorgeschlagen und ist als eines der ersten Opfer ins Gefängnis geworfen worden. Und seine eigenen Anhänger lehnen sich jetzt gegen den Anschluß an Moskau auf und sind heute in dieser Hinsicht genau so weit, wie vor der Spaltung. Nur mit dem Unterschied, daß sich jetzt der Fascismus gegen die sozialistische Arbeiterkraft ungehemmt austoben kann . . .

Russischer Kommunistenkongreß.

Moskau, 18. April. (DE.) Heute ist in Moskau der 12. Parteikongreß der Russischen Kommunistischen Partei eröffnet worden, der über die weitere Politik der Partei und somit des Sowjetstaates zu beschließen hat. In den früheren Fällen haben die Kongresse stets die zunächst im englischen Gremium der Führer gefassten und dann vom Zentralkomitee sanktionierten Beschlüsse gebilligt. Ob auch dieser Kongreß, dem die Autorität Lenins fehlt, ebenso glatt verlaufen wird, steht noch dahin. In den leitenden Kreisen scheint man sich dahin geeinigt zu haben, keine wesentliche Aenderung an der bisherigen Politik vorzunehmen. Doch hat sich bis kurz vor dem Kongreß in einigen Fragen, wie in der Richtungspolitik, noch keine Einigung erzielen lassen. Der stellvertretende Vorsitzende im Rat der Volkskommissare Kamenew sprach in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung aus, daß Lenin von seiner schweren Krankheit genesen und wieder das Ruder der Revolution in die Hand nehmen werde. Dieser Parteikongreß, der zum erstenmal ohne Lenins Anwesenheit tagte, mußte in seinem letzten Artikel ausgeprägten Wellungen folgen.

Darauf erstattete Sinowjew im Auftrage des Zentralkomitees der Partei Bericht über die politische Lage. Sowjetrußland habe nunmehr seinen Rückzug auf wirtschaftlichem Gebiet abgeschlossen. Dies habe jedoch die Behebung der Handelsbeziehungen Rußlands mit dem Ausland nicht gehindert. In 18 Auslandsstaaten befinden sich Sowjetvertretungen, mit 9 Staaten würden darüber Verhandlungen geführt. Die Grundlage der sowjetrussischen Außenpolitik werde der Kontakt mit den erwachenden Völkern des Ostens und den vom Ententeimperialismus geknechteten Völkern werden. Doch würde Sowjetrußland zugleich jede Annäherung an die Ententeänder freudig begrüßen, insbesondere an Frankreich, wo die Wehrzahl der Bevölkerung russische Sympathien hege. Auch wäre es wünschenswert, daß die englisch-russischen Beziehungen sich glatter als gegenwärtig abwickelten. Die voraussetzliche Verständigung mit Japan und mit China sei zu begrüßen. Natürlich wäre auch eine Annäherung an Amerika nicht abzulehnen. Was die Neutralität zwischen Bürgertum und Proletariat betrifft, so offenbare sich dieser Kampf in dem Versuch, die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands für die internationale Politik nutzbar zu machen und Rußland zur Abschaffung des Außenhandelsmonopols zu drängen. Dies dürfe der Sowjetstaat jedoch nimmermehr zulassen; das sei auch die Meinung Lenins. Auf dem Gebiete des Außenhandels sei eine feste Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen, so daß man binnen 5 Jahren auf eine aktive Handelsbilanz rechnen dürfe. Es lägen zurzeit 460 ausländische Konzessionsbewerbungen vor, darunter 56 amerikanische, 55 englische und 50 französische. 26 Konzessionsverträge seien bereits abgeschlossen.

Ein Volksbegehren? In dem Beitarikel über die Aktion des Reichsbundes für Siedlung und Forderung in Nr. 178 unseres Blattes mah es in der 2. Zeile der zweiten Seite „750 Hektar“ und nicht, wie es in einem Teil der Auflage fälschlich hieß, „50 Hektar“ heißen.

Karl Böher.

Durch den Flugzeugabsturz auf dem Tempelhofer Felde hat auch die Berliner organisierte Arbeiterschaft einen schweren Verlust erlitten. Karl Böher, der Vorsitzende der Berliner Ortsverwaltung des Moserverbandes, war auch uns in der Gewerkschaftskommission ein lieber Freund, ein treuer und fleißiger, zu jeder Zeit hilfsbereiter Mitarbeiter, den wir in den verschiedensten Kommissionen und als langjährigen Revisor achten und schätzen gelernt haben. Mit verbildlicher Hingabe hat er uns stets in dem gemeinsamen Werk zur Befreiung der Arbeiterschaft und zu ihrer Hebung aus geistiger und materieller Not in selbstloser Weise unterstützt. Stark im Willen und ausgerüstet mit einem, zu jedem Opfer bereiten Latendrang, hat Karl Böher selbst die schwierigsten Aufgaben, die die allgemeine wirtschaftliche Not den Gewerkschaften stellte, zu meistern gewußt. Mit ihm zusammenarbeiten war Freude und Genuß. Seine Ueberzeugungstreue, sein unermüdlicher Fleiß und seine durch in die Tiefe schürfendes Selbststudium erworbenen Sachkenntnisse werden wir und alle seine Mitarbeiter schmerzlich vermissen. Ein tragisches Geschick hat ihn, den treuen Genossen und Mitkämpfer, aus unseren Reihen gerissen.

Karl Böher, auf dessen junge und leisenhafte Schaffenstrast die Arbeiterschaft so große Hoffnungen zu setzen berechtigt war, ist nicht mehr. Uns Ueberlebenden bleibt die Pflicht, in seinem Geiste und an seinem Werke weiterzuarbeiten. Wenn dereinst die Namen der Besten der Berliner Arbeiterbewegung genannt werden, dann wird man auch seinen Namen nennen und sich mit Dankbarkeit seiner Verdienste um die Arbeiterschaft erinnern, die ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken sichern.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Wirtschaft

Der neue Marksturz.

Die Treiberien der Devisenspekulation, die unter der Oberleitung bereits seit Wochen sich vollzogen, sind gestern zum offenen Ausbruch gekommen. Der Dollar stieg plötzlich auf 25 000, im freien Verkehr sogar auf 32 000. Barmweg ist zu bemerken, daß eine neue Markpanik, wie sie früher zu beobachten war, unwahrscheinlich ist. Vielmehr hat es den Anschein, daß die Reichsbank durch ihre unermittelte Einstellung der Stützungskäufe den Markt in einen Zustand der Desorganisation versetzt hat, der die Spekulation viel kosten wird, ohne auf die Dauer den Kurs der Mark zu beeinflussen.

Gestern ging der Dollar sprunghaft in die Höhe. Die amtliche Notierung stieg von 21 200 auf 25 000. Dieser amtliche Kurs stand aber nur auf dem Papier. Nur ein kleiner Teil der Nachfrage konnte durch Rationierung des angebotenen Materials befriedigt werden. So erhielten z. B. Dollarkäufer nur 5 Proz., Käufer von englischen Pfunden 25 Proz. der geforderten Devisen. Unter diesen Umständen wandte sich die Nachfrage verstärkt dem freien Markt zu, wo der Dollarkurs zeitweise bis auf 32 000 hinaufgetrieben wurde. Die starke Nachfrage nach Devisen datiert nicht erst seit Mittwoch. Schon in den vorangegangenen Tagen war ein lebhaftes Begehren nach fremden Zahlungsmitteln zu verzeichnen. Es wurde der Öffentlichkeit nicht sichtbar, weil die Reichsbank die Kurse mit starken Abgaben an Devisen in Schach gehalten hatte. Diese Devisenabgaben setzten gestern größtenteils aus. So wurde der Scheichkrieg, den ein erheblicher Teil der Industrie im Verein mit den Banken und der Spekulation gegen die Mark geführt hatte, plötzlich zum offenen Kampf. Die Zukunft muß zeigen, ob der Vorstoß ein Stoß ins Leere war, oder ob die Mark bei diesem Frontalangriff des Großkapitals dauernd den Kürzeren zieht. Tut sie das, so löst die schwerste Verantwortung auf der Reichsbank, die durch ihre Geld- und Kreditpolitik der letzten Zeit diesen Sturm am Devisenmarkt erleichtert, wenn nicht begünstigt hat.

Die Reichsregierung hat nach den Mitteilungen der ihr nahestehenden Blätter die Absicht, den Dollar etwa auf 20 000 zu halten, nicht aufgegeben. Die Haltung der Reichsbank ist keineswegs eindeutig. Sie, die jahrelang auf ihrem Golde saß und sich konsequent weigerte, es zu Stützungsmitteln herzugeben, hat soeben weitere 135 Millionen Goldmark ins Ausland gegeben und damit fast den dritten Teil ihres gesamten Goldbestandes zur Ausnahme von Devisentributen bereitgestellt, die zur Regulierung des Marktkurses dienen sollen. Gerücht ist die Reichsbank auf viel schmerzlichere Stürme, als sie sich in den letzten Tagen zeigte. Wenn sie ihre Rüstung nicht gebraucht, so wird sie dafür sachliche Gründe haben. Im Vertrauen auf die ständigen Devisenabgaben der Reichsbank hatten nämlich Banken und Spekulant Devisen verkauft, die sie billig von der Reichsbank zu erhalten hofften. Die Spekulation gedieh trotz der Devisenverordnung auf das Beste. Es ist eine Schmach und Schande, daß es in Deutschland Menschen gibt, die es fertig bekommen, derart mit den Notwendigkeiten des Lebenskampfes Schindluder zu treiben, ohne daß es ihnen jemand verwehrt.

Wenn nun die Reichsbank denen, die auf ihr billiges Angebot von Devisen, d. h. letzten Endes auf die Spekulation mit ihrem Goldbestand, rechnet, und daraufhin im voraus fremde Zahlungsmittel verkaufen, gründlich das Handwerk legen will, indem sie diese Leute einmal fügen läßt — was ihnen große Verluste bringt —, so wird ihr das keine Verdenken, zu allererst wir. Aber auf den Enderfolg kommt es an. Die gestrige Devisenhäufte hat sofort die Preise für den Zentner Roggen um 4000 M. in die Höhe getrieben. Sollte die Reichsbank ihre mit Markoperationen begründete Politik mit dem Erfolg fortsetzen, daß schließlich gemäß den Wünschen der Schwerindustrie ein Kurs von 25 000 oder gar 30 000 übrigbleibt, so wird sie für alle Konsequenzen verantwortlich gemacht werden. Daß die Schwerindustrie weiter auf die Verschlechterung der Mark hinreißt, liegt auf der Hand.

Wehr als je zeigt aber der ganze Vorgang die Gefahr der Lage. Gewissenlose Spekulanten treiben in der Zeit der größten Not des Volkes ein frevelhaftes Spiel mit der Volkstrust. Die Zentralisierung des Devisenverkehrs im Verein mit weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen — Beschränkung und nicht Erleichterung der Einfuhr, Verschärfung der Kreditbedingungen, Einschränkung der Rotenpresse durch stärkere Besitzbesteuerung — ist das Gebot der Stunde. In jedem Falle aber fordern wir, daß nichts ungeschesehen bleibt, um der Spekulation mit der Mark das Handwerk zu legen und die Stützungssaktion auf den ursprünglich beabsichtigten Stand von einer Goldmark gleich 5000 Papiermark durchzuführen.

Ein Dividendenrekord, wie er selbst in der Zeit der „Golddividenden“ selten ist, wird von den Kammerisch-Werten L. G. aufgestellt. Diese verlieren auf jede Mille den Gegenwert von 1/2 Dollar, auf Wunsch in Dollarschwanmungen. Sie berechnen den Prozentbeitrag der Dividende auf 1045 % Proz., wobei die letzte Dollarhaufe natürlich unberücksichtigt blieb. Seit dem Kriege haben die Kammerisch-Werte, zu einem kleinen Teil durch Gratisaktien, zu einem größeren durch Berauerungen das Aktienkapital von 2 1/2 auf 8 Millionen Mark erhöht. Danach stellt sich die Verzinsung des Barkriegskapitals, das in Gold eingezahlt wurde, wesentlich günstiger. Der Reingewinn der Gesellschaft ist in einem Jahre auf das Fünffache gestiegen. — Arme Aktionäre!

Devisenkurse. Unterer gestriger Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 683,28 Gelb, 686,73 Brief; 100 österr. Kronen 43,39 Gelb, 44,11 Brief; 1 tschech. Krone 733,16 Gelb, 736,5 Brief; 1 ungar. Krone 6,68 Gelb, 6,67 Brief; 1 ungar. Lira 185,53 Gelb, 188,47 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 250,87 Gelb, 251,63 Brief; ämälische Devisennotierungen erlangten unter ischeren Zuteilungen. — Eine polnische Mark kostete im freien Verkehr bis zu 64 Pf.

Gewerkschaftsbewegung

Dämmerung?

So ganz willenlos scheinen die Anhänger der SPD. in manchen Gewerkschaften doch nicht mehr den von einzelnen „Großen“ vorbereiteten und mit mehr Eifer als politischer Sachkenntnis in die Welt gesetzten „Parolen“ zu folgen.

Der neueste „Schlager“ war bekanntlich die Essener Resolution der Metallarbeiter. In ihr wurde verlangt: Schaffung von proletarischen Hunderttausenden gegen den Nationalismus, Austritt der Regierung aus dem Vertrag von Versailles, Teilnahme an den von der Frankfurter Konferenz gebildeten Aktionskomitees zum Kampf gegen Ruhrbefreiung und Kriegsgefahr, Bildung von Kontrollkommissionen, Austritt aus der arbeitgemeinschaftlichen Prüfhilfe und Einderung eines außerordentlichen Gewerkschaftslandtages.

Die „rote Fahne“ empfahl diese Entschließung zur Nachahmung und pünktlich wie die Unteroffiziere der früheren preussischen Armee schwenkten die örtlichen Führer zweiten und dritten Grades ein.

In Halle wurde in einer Funktionärsitzung des Metallarbeiterverbandes diese Entschließung ebenfalls eingebracht und mit 14 gegen 30 gegen 15 Stimmen bei 200 Enthaltungen „angenommen“. Diese Tatsache wird natürlich von den Kommunisten zum Anlaß genommen werden, auszusprechen, daß auch in Halle sich die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes für die Essener Resolution entschieden haben.

Der kommunistische Einschlag ist dort besonders stark. Um so verwunderlicher ist es aber, daß ein sehr großer Teil der Anhänger der SPD. sich der Abstimmung enthielt. Sollte es bei diesen Kollegen über das politische Einverständnis „ihres führenden Heister“ anfangen zu dämmern? Es würde wirklich Zeit dazu! Denn das geistige Unvermögen der SPD., eine wirklich positive Politik zu treiben, ist Schuld an dem sich täglich verringern den Einfluß der deutschen Arbeiterklasse auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland.

Andererseits sollten aber unsere Anhänger den notwendigen Wachenmut und die heute mehr denn je erforderliche Aktivität aufbringen, allenthalben gegen verlässige und hirnberaubende Parolen, Ideen und Entschließungen entschieden Stellung zu nehmen. Der Dämmerzustand, in dem ein großer Teil der Arbeiterklasse sich befindet, muß durch eine zielbewusste und geistliche Aufklärung in den eigenen Reihen beseitigt werden.

Postwohlfahrtspflege.

Man schreibt uns:

Von den Amtsleitern verschiedener Postämter Berlins werden Geldsammlungen veranstaltet zur Unterstützung für solche bedürftigen Bürger Berlins, die infolge ihres hohen Alters keine Arbeit mehr erhalten. Es sind sehr lobenswerte und menschenfreundliche. Zwar sind bei den meisten Postämtern zuerst diejenigen Postarbeiter entlassen worden, welche durch ihr Alter davor bewahrt bleiben, in anderen Betrieben unterzukommen. Die Entlassungen sind erfolgt, trotzdem diese alten Arbeiter ihren Dienst stets zu vollster Zufriedenheit ausgeführt haben.

Arbeitsmöglichkeit ist nicht einmal für junge Leute vorhanden. Die Behörden lehnen es auch ab, ältere Leute oder Kriegsdienstbeschädigte zur Aufnahme einzustellen. Allgemein wird dies für selbstverständlich gehalten, da sich niemand für die Verhältnisse verantwortlich fühlt. Es ist auch wesentlich bequemer, an Zuständen Gefallen zu finden, die abseits der zwangsläufigen Verantwortlichkeit liegen und den Nimbus des Mitleids tragen.

Jeder Postdirektor müßte, wenn er schon Geldsammlungen zur Binderung der Not veranstaltet, den Mut aufbringen, persönlich dafür einzutreten, daß Verhältnisse, welche die Ursache der Not sind, grundsätzlich geändert werden. Auf solche Betätigung weist die Reichsverfassung im Artikel 163 hin und die Dienstverrichtung als Ausübung der Staatsgewalt (Kommentar zum Betriebsregulierung von Herrn Oberpostdir. K. Laue, Seite 21) müßte in diesem Sinne ausgelegt werden. Allen das Existenzminimum sichern, dazu können auch die Amtsleiter der Postämter Berlins beitragen, um so eher, wenn sie sich hürdtlos in diesem Sinne betätigen. Unbequemlichkeiten werden zwar nicht ausbleiben, Almosen werden dann aber auch nach absehbarer Zeit nicht mehr notwendig sein.

Der Schiedsspruch im Großhandel.

Sant Vereinbarung vor dem Demobilisierungskommissar fällte ein mit je drei unparteiischen Vorsitzenden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetztes Schiedsgericht am 8. April einen Schieds-

pruch, wonach die im März bezahlten Vorkasse als Entgelt für diesen Monat festgelegt und die Löhne der Handelsarbeiter ab 1. April um etwa 25 bis 27 1/2 Proz. erhöht wurden. Dieser Schiedsspruch wurde mit Zweidrittelmehrheit gefaßt und ist für beide Teile bindend. Zwischen dem Arbeitgeberverband des Großhandels und dem Deutschen Verkehrsband befanden jedoch Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Schiedspruches, die erst jetzt zugunsten der Arbeitnehmer beseitigt sind. Die nunmehr geltenden, in mehreren Branchen veränderten Tarife können bei den verschiedenen Gruppenleitern, evtl. jetzt im Bureau des Deutschen Verkehrsbandes, Gewerkschaftshaus, Zimmer 31, in Empfang genommen werden.

Allgemeine Versammlung sämtlicher Funktionäre der DSDP.

am Montag, den 23. April, abends 6 1/2 Uhr, in den „Germaniasälen“, Chausseestraße 110.

Tagesordnung:

1. Die politische Situation. Referent: Parteivorstand Herr Müller, M. d. R. 2. Aussprache. Die Funktionärkarte für 1923 und das Mitgliedsbuch gelten als Ausweis. Der Bezirksvorstand.

Emonts freigesprochen.

Wegen der bekannten Vorfälle, die sich im Anschluß an die Lustgarten-Demonstrationen der Bankangestellten am 24. Oktober vorigen Jahres in der Französischen Straße abspielten, hatte sich der Gewerkschaftsführer Emonts Mittwoch vor dem Schöffengericht in Berlin-Neukölln zu verantworten. Die Weisungsaufnahme ergab einwandfrei, daß lediglich die Provokation der Schupo den Anlauf betrieblachte und daß Emonts nichts weiter unternommen hat, als die Bankangestellten zu beruhigen. Emonts wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 100 000 M. beantragt.

Entlassungen in Kleinbetrieben.

In einer Zuschrift an uns beklagt ein Bäckerhelfer, daß der durch das Betriebsratsgesetz vorgesehene Schutz gegen willkürliche Entlassung nicht auch für die Arbeiter im Kleingewerbe besteht. Der Betroffene war länger als vier Jahre bei dem Bäckermeister L. beschäftigt. Er erkrankte im März und am vierten Krankheitsstage bekam er die Kündigung, für die kein Grund angegeben war, auch nicht angegeben werden muß. Bei längerer Krankheit kann die sofortige Entlassung ohne Kündigung gemäß § 123 GG. erfolgen.

Der Entlassene wurde beim Schlichtungsausschuß vorstellig, sein Antrag auf Wiedereinstellung jedoch abgewiesen, einmal, weil die Entlassung nicht aus Arbeitsmangel erfolgte, weiter aber, weil der Betrieb weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Erwerbslosenfürsorge, an die sich der arbeitslose Bäcker um Unterstützung wandte, verlangte die Angabe des Entlassungsgrundes. Der Arbeitgeber gab nun als Grund an, er sei mit der Arbeit des Gehilfen nicht mehr zufrieden gewesen. Jemandem Grund sollte er angeben und den unmittelbaren Grund, die Erkrankung des Arbeiters anzugeben, genierte er sich offenbar. Die Erwerbslosenfürsorge verlegte auf den angegebenen Grund hin die Unterstützung auf die Dauer von vier Wochen. Der Arbeiter wandte zwar ein, daß dieser Entlassungsgrund noch langjähriger Tätigkeit nicht rechtfertigbar sei. Daraufhin wurde er auf den Weg der Klage verwiesen. Er glaubte jedoch, daß, nachdem ihn der Schlichtungsausschuß mit seiner Klage abgewiesen hatte, er nicht klagen könne. Zur Feststellung des Entlassungsgrundes war jedoch die Klage beim Gewerbegericht zulässig und auch erfolgversprechend.

Im Kleingewerbe ist es natürlich nicht möglich, die Arbeiter in gleicher Weise vor Entlassung zu schützen wie in größeren Betrieben. Immerhin müßte auch für die Arbeitnehmer in Kleinbetrieben ein gewisser Schutz geschaffen werden, zumal in den Fällen, in denen ein längeres Arbeitsverhältnis besteht. Ein Arbeiter, der jahrelang in einem Betriebe gearbeitet hat, darf nicht einfach auf die Straße gesetzt werden, wenn er vorübergehend erkrankt.

Aber auch bei der Erwerbslosenfürsorge müßte man soviel Einsicht haben, daß in einem Falle, wo der Erwerbslose nach

4 1/2-jähriger Tätigkeit im Verlauf einer mehrjährigen Erkrankung entlassen wurde, der angegebene Grund mangelnder Arbeitsleistung nicht zureichend sein kann. Er kann es nach vier Wochen sein, nicht aber nach 4 Jahren. Ein Arbeitgeber, der einen Gehilfen solange beschäftigt und dann einen solchen Entlassungsgrund angibt, macht sich doch einfach lächerlich. Der Arbeiter darf sich das nicht gefallen lassen. Wenn schon bei der Erwerbslosenfürsorge am Straßauer Platz nicht sonderlich Einsicht herrscht, beim Gewerbegericht ist sie in solchen Fällen denn doch noch zu finden.

Dementsfalls kann dieser Vorfall als Aufrechterhaltung dafür dienen, daß für die Arbeitnehmer im Kleingewerbe oder in Kleinbetrieben ein größerer Schutz vor willkürlicher Entlassung noch längerer Tätigkeit notwendig ist. Er zeigt zugleich, daß bei der Erwerbslosenfürsorge die Vorgänge nicht rein schematisch beurteilt werden dürfen, sondern der gesunde Menschenverstand dabei mitwirken muß.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet geht jetzt in die 11. Woche. Die Vorgänge im Ruhrgebiet nehmen in so hohem Grade unser Interesse in Anspruch, daß diesem heldenmütigen, musterhaften Kampfe in der Süddeutschen Deutschlands weniger Beachtung geschenkt wird, als es sonst der Fall sein würde. 72000 Bergleute mit einer Viertelmillion Angehörigen stehen im Lohnkampf. Außerdem sind durch den Streik noch viele andere Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Alle Manöver der Grubenverwaltung, alle Drohungen und alle Verleumdungen zum Streikbruch blieben bisher wirkungslos. Auch der Einzug des französischen Militärs, das aus Langeweile einzelne Streikende schikanieren konnte die Saarbergleute in ihrer Entschlossenheit nicht beirren.

Die Bergverwaltung glaubt noch immer ohne Verhandlungen mit den Organisationen der Streikenden, ohne Zugeständnisse an die Lohnforderungen der Bergarbeiter den Streik unterdrücken, einen großen Teil der Streikenden mahregeln zu können, insbesondere die Führer, um dann die Bergarbeiter um so gefügiger zu machen und sie rücksichtsloser auszunutzen als vordem. Sie hat in Becker und Krämer zwei Werkzeuge gefunden, die durch Gründung einer gelben Organisation bemüht sind, die Reihen der Streikenden zu verwirren und zu erschüttern. Fehlt es auch an Mitgliedern, an Geld fehlt es ihnen nicht. Die Bergverwaltung stellt es freigeigig zur Verfügung zu massenhafter Herstellung von Flugblättern, die per Auto verbreitet werden.

Die vier beteiligten Organisationen, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, der Deutsche Metallarbeiterverband und der christliche Metallarbeiterverband im Saargebiet wenden sich deshalb in einem Aufruf an die Bergschaften, um die Verräter an den Bräutigam zu stellen und vor ihrem Treiben zu warnen. Die Organisationen vertreten nach wie vor den Standpunkt: Erst Verhandlungen und Zugeständnisse, Erfüllung der bestehenden und berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, dann erst gemeinsame Wiederaufnahme der Arbeit.

Sattler-, Tapezierer- und Vertefeulerverband. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Generalversammlung. Verband der Räder. Nach der gemeinsamen Kranerfeier in der Stadthalle am Freitag geben unsere Kollegen dem verstorbenen Kollegen Karl Bötzer das letzte Geleit zum Krematorium Gerichstraße. Die Aufstellung des Trauerzuges am Dienstag erfolgt vom Eingang zum Stadthaus in der Klosterstraße aus. - Wegen der Trauerfeierlichkeiten bleibt das Verbandsbureau am Freitag geschlossen. Bergarbeiter- und Bildhauerverband. Morgen, Freitag, 5 Uhr, Versammlung aller in der Industrie beschäftigten Arbeitssamen in der „Ruhigebau“, Große Frankfurter Str. 117, Bericht über die Schlichterhandlungen. Ohne Organisationsausschuß kein Zutritt. - Die Kommissionen. Deutscher Bergarbeiterverband. Bildhauer-Verband. Freitag 4 1/2 Uhr Bildhauer-Versammlung im Lokal Karlsruher, Karlsruherstraße. Bericht vom Saaltag und Stellungnahme zur Generalversammlung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dieter Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Glode, Berlin. Verlag: Herold-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Herold-Verlag, Herold-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einbander: J. Bieru eine Verlag und Unterhaltungsbeilage „Schmidt“.

Lindern brauchen Perocyl die Kraftkost für Kinder u. Erwachsene

Salyrin gegen Schwacherzustände, Nervenschwächen, Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Nahrungsmittel. Dargestellt von Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg. Zah reiche Arzt. Anerkennung in Prospekt gratis. Erhältlich in Apotheken! Stets vorrätig in Berlin: Elefant-Apotheke, Leipziger Str. 74; En-er-Apotheke, Kanonenstr. 44; Hohenzollern-Apotheke, Königin-Augusta-Str. 50; Wittes-Apotheke, Potsdamer Str. 64.

Husten mit Auswurf

müssen Sie schnellstens befehlen. Wir raten Ihnen aus 50 Gramm edlem Propolis-Extrakt durch Aufkochen mit 1/2 Pfd. Zucker und 1/2 Liter Wasser eine poröse, prompt wirkende Pulvermischung selbst herzustellen. Jeder Propolis-Extrakt ist sicher erhältlich in allen Apotheken.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Sowohl Vorrat

Möhren Pfund 70-	Rotwurst nach Thür. Art, Pfund 2900-
Kohlrüben Pfund 75-	Sulzwurst Pfund 3200-
Rhabarber Pfund 300-	Landleberw. Pfund 3600-
Blumenkohl Kopfkronen 900-	Jagdwurst Pfund 4800-
Morcheln Pfund 1250-	Teewurst Pfund 5800-

Leipziger Strasse

Fleisch

Kalbskamm und -Rücken frisch Pfund 1800.-	Alexanderplatz
Kalbskeule frisch Pfund 2000.-	
Hammelvorderfleisch frisch Pfund 3600.-	
Hammeikeulen frisch .. Pfund 4000.-	
Schmorfleisch mit Knochen, gefroren Pfund 2800.-	
Hammelvorderfleisch gefr. Pfund 2800.-	

Sowohl Vorrat

Makrelbücklg. Pfd. 850-	Grüne Heringe Pfd. 380-
Dorschrogen Pfund 900-	Schellfisch Pfund 300-
Sprotten Pfund 850-	Seelachs kopflös, im ganzen Pfund 600-
Sprottbücklg. Pfd. 1200-	Kabliau kopflös, im ganzen .. Pfund 700-
Seeaal in Gelee .. Pfund 1800-	Goldbars Pfund 720-

Camembert Stck. 550.- Kochkäse P. und 2000.- Käse Pfund 2300.- Brikäse Pfund 2450.-

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. :-: Filiale Berlin.

Durch einen tragischen Unglücksfall wurde uns am 14. d. M. unser erster Vorsitzender, Kollege

Karl Bötzer

im Alter von 36 Jahren durch den Tod entrissen. Nicht nur unsere Organisation, sondern auch die Gesamtarbeiterschaft verliert in ihm einen ihrer Besten.

Die Verdienste, die er sich um uns erworben hat, werden unvergänglich bleiben.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.

Die vom Magistrat veranstaltete Trauerfeier für die Opfer des Unglücksfalles findet am Freitag, dem 20. April 1923, mittags 1 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße, statt. Anschließend daran erfolgt die Ueberführung und Einäscherung unseres Kollegen Bötzer im Krematorium Gerichstraße.

Infolge des tragischen Flugzeugunglücks auf dem Tempelhofer Felde am 14. April verstarb unser Vorstandsmittglied, der Genosse

Karl Bötzer

Wir verlieren in ihm nicht nur einen lieben Freund, sondern auch einen vorbildlichen Kollegen und Mitarbeiter. Sein tatkräftiges Eintreten für die Ziele unserer Genossenschaft sichert ihm ein dauerndes treues Gedenken.

MALEREIGENOSSENSCHAFT

zur Ausföhrung jed. Art Malerarbeiten L. Berlin u. Umgegend, a. G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 7

Möbelfabrik „Stern“

Eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftung

Bilanz per 31. Dezember 1922

Stammkapital 20.000,00	Reservefonds 270,-
Bank-Rente 480.573,76	Bariein-Rente 1.008.000,-
Rausrenten-Rente 600,-	Reservefonds 5.000,-
Insolventen-Rente 4.210,30	Spezial-Reservefonds 15.000,-
3% Abföhrung 1.250,45	Insolventen-Rente 450.000,-
Barrenten-Rente 425.000,-	Kreditoren 606.508,25
Debitoren 425.000,-	Gew. u. Verlust-R. 98.574,90
3.181.353,30	3.181.353,30

Die Zahl der Genossen beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 9, eingetretene keine, ausgetreten keine. Das Geschäftsjahr hat die Bilanzsumme der Genossen betragt je 270 M.

Der Vorstand: O. Laupichler, K. Reinecke.

Neue Haare

wachsen schon wieder Reichel's Haartraumöl wirkt Wunder nach 3maligem Einreiben. Es lautet stets: Erneuerungsgel. Nr. 2250. - u. 37 A. - in den Apotheken, unter No. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Kraus-Pianos zur Miete

Ansbacher Str. 1, 1. u. 2. Etage

Blumen 1 Mal 1/2 1000 Stk. Hesse, Dresden, Scheffelstraße.

Möbel-Angebot.

Goldes Möbelwerkstatt Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Zinsvergütung bei mäßiger Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Off. Postkarte 57, Postamt O. 27, Keine Kaffeezer.

Wohnungstausch

In u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verband mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe. Bei allen Zeitungshändlern und Klößen zu haben. Verlag und Hauptvertriebsannahme: Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft, Jerusalemstr. 3/6 u. Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lienenstraße 93/95. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 1 Uhr. Telefon: Amt Norden 833 bis 836 und 6592 bis 6595.

Gente, Donnerstag, den 18. April, abends 6 1/2 Uhr, im Kriegerveteranenhaus (großer Saal), Chausseestraße 64.

Brancheversammlung

der Eisenblecher, Reibblechblecher u. Dreherinnen usw. Kundliche (er. Tagesordnung: 1. Rohmaterialige Stellungnahme zur Wahl der Branchenkommission 2. Branchenanliegenheiten und Beschlüsse. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 21. April, abds. 1 Uhr, im Saal von Sechse, Unter den Eichen 10.

Verammlung

der Reibblechblecher (Stemmer). Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. 166-17 Die Ortsverwaltung.

Marken und andere Zigaretten

Bei Ad. Nage! Hermannplatz 6 Moria 5833

Marken-Zigaretten

billig bei Herschdorfer Rosenheimer Str. 50

Ungeheuer gestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billigt

Krüppelkinder ins Zeughaus.

Ein Kinderausflug im U-Bahnzug von Dahlem.

Auf dem Fehrbelliner Platz treten sie an und man sieht, daß es lauter vermachene oder gar verkrüppelte Kinder sind.

Wie lange wird es wohl dauern, ehe diejenige Umstellung des deutschen Geistes, die uns allein Vertrauen und Hilfe in der Welt werden kann, soweit entwickelt und unfeigbar und unbefreitbar aller Welt auch dadurch demonstriert sein wird, daß Kriegsmuseen für alle Kinderjahre geschlossen werden?

Hochkonjunktur in Banknotenfälschungen.

Selbst die neuen 50 000-Marktscheine werden bereits gefälscht.

Die verwirrende Fülle neuer und alter Banknoten hat, wie vorausgesehen war, sehr schnell zu Fälschungen geführt, die übrigens um so leichter auszuführen sind, als die Banknoten nicht mehr wie früher in dem meist schwerer zu verälschenden Kupferdruck, sondern in einfachem Buchdruck hergestellt werden.

Falsche 50 000-Marktscheine wurden bei den letzten Pferderennen in Karlsruhe am Totalisator verschiedentlich angehalten. Auch wird der Versuch gemacht, diese Fälschungen in Geschäften beim Einkauf von Zigaretten und Schokolade an den Mann zu bringen.

Suchung des Bodens förderte eine ganze Menge Papier zutage, das für falsche 500-Marktscheine bereits zugerichtet war.

Das „Standgericht“ auf dem Viehhof.

Nähe Justiz gegen Preistreiber.

Die neuen fliegenden Marktgerichte, die sich einer ebenso großen Beliebtheit beim Publikum, wie einer schweren Unbeliebtheit bei gewissen Händlern erfreuen, und die in Interessentenkreisen den Namen „Standgericht“ erhalten haben, erschienen am gestrigen Mittwoch unermutet auf dem Viehhofmarkt, um dort die Preisbildung zu überwachen und einzugreifen.

Die Kommissionäre und Viehhändler haben angesichts der neuen schnellen Gerichtsbarkeit damit gedroht, Berlin in Zukunft zu boykottieren. Diese Warnung wird jedoch vollkommen illusorisch werden, da, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungs- und dem Reichsjustizministerium zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Marktgerichte, nachdem man in Berlin sehr günstige Erfahrungen mit dieser Gerichtsbarkeit gemacht hat, jetzt in allen größeren und kleineren Städten eingeführt werden, um die seit Jahren besonders im Lebensmittelhandel eingerissenen Mißstände zu bekämpfen.

Wo Butter und Eier bleiben.

In der Presse sind über den wucherischen Zwischenhandel, den die Verkäufer mit Butter und Eier treiben, Klagen laut geworden. In diesem Zusammenhang dürfte eine Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 2. März 1923 interessieren, die für Butter- und Käseverkäufer ab 15. April den Erlaubniszwang einführt.

20 000 M. Hundesteuer.

Ein Nachtrag zur Hundesteuerordnung, betr. die Erhöhung der Hundesteuer auf 20 000 M., liegt den städtischen Körperschaften zur Beschlußfassung vor.

Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde wird die Veranlagung der Hundesteuer für 1923 erfolgen. Bis dahin bleiben auch die Hundesteuermarken für 1923 in Geltung.

Großfeuer am Bahnhof Bellevue.

Zeitweise Stilllegung des Stadtbahnverkehrs.

Großfeuer am Mittwoch in der achten Abendstunde aus noch nicht festgestellter Ursache unter dem Stadtbahnhof Bellevue zum Ausbruch und verursachte infolge der großen Hitze und des undurchdringlichen Qualmes die Stilllegung des gesamten Stadtbahnverkehrs bis in die Nacht hinein.

Der 10-Millionen-Raub in Oberschneweide.

Wie vor kurzem berichtet, wurden anfangs dieses Monats zwei Kassenbücher der Nationalbank in Oberschneweide überfallen, wobei den Räubern Geld in Höhe von 10 1/2 Millionen Mark in die Hände fiel.

Eine wesentliche Verbesserung in der Invalidenversicherung, die der 1. Januar gebracht hat, scheint weiteren Kreisen der arbeitenden Bevölkerung noch unbekannt zu sein.

Erhöhung der Ehejubiläumsgeschenke. Das Ehrenzeichen, das die preussische Regierung Ehepaaren aus Anlaß der 50- oder 60-jährigen Ehejubiläumsgeschenke bewilligt, ist durch eine Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers fortan auf 20 000 Mark im Einzelfalle festgesetzt.

(Nachdruck verboten. Der Reich-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Was dem amerikanischen Manifesto überlegt von Julien Summers.“ „Ich hasse das... Es ist schmutzig und kalt und elend im Winter,“ fuhr Rosaline fort.

Sie drückte ihre Wade gegen die seine. Er konnte ihren Atem schwer in seinem Gesicht fühlen. „Es ist schön, so im Sommer auf dem Deck zu liegen, das warm vor Sonne ist, und die Bäume zu schauen und die Felder und die kleinen Häuser, die auf beiden Seiten vorbeigleiten.“

Sie gab ihm das Bündel. „Hier sind Ihre Kleider und die 45 Frank. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch genau sagen, was jedes einzelne Stück kostet.“

